

GI Hinweis

Haftungsbegrenzungen in Mandatsverträgen / Ergänzung der Wirtschaftsprüferordnung (WpO)

Im Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung der Wirtschaftsprüferordnung hat die Bundesregierung eine Vorschrift zur vertraglichen Haftungsbegrenzung eingefügt (§ 54 a). Diese befaßt sich sowohl mit schriftlichen Vereinbarungen im Einzelfall als auch mit vorformulierten Vertragsbedingungen. Darüber hinaus wird die Möglichkeit der Haftungsfreistellung einzelner Sozietätspartner durch vorformulierte Vertragsbedingungen angesprochen.

Wir drucken den Entwurfstext des § 54 a nachfolgend, damit er Ihnen als Orientierung bei der Abfassung von Mandatsverträgen dient:

„§ 54 a Vertragliche Begrenzung von Ersatzansprüchen

(1) Der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens kann beschränkt werden

1. durch schriftliche Vereinbarung im Einzelfall bis zur Mindesthöhe der Deckungssumme nach § 54 Abs. 2;
2. durch vorformulierte Vertragsbedingungen auf den vierfachen Betrag der Mindesthöhe der Deckungssumme nach § 54 Abs. 2, wenn insoweit Versicherungsschutz besteht.

(2) Die persönliche Haftung von Sozietätspartnern (§ 44 b) auf Schadenersatz kann auch durch vorformulierte Vertragsbedingungen auf einzelne namentlich bezeichnete Sozietätspartner beschränkt werden, die die vertragliche Leistung erbringen sollen.

Bundesrat-Drucksache 361/93 vom 28. 5. 1993

GI Leitsätze

Maklertätigkeit / Anwaltsberuf / Gewerbliche Tätigkeit

Mit dem Beruf des Rechtsanwaltes ist – anders als für Wirtschaftsprüfer / vereidigte Buchprüfer – eine gewerbliche Tätigkeit nicht kraft Gesetzes unvereinbar. Wenn auch die ständige Ausübung des Berufes eines Maklers für einen Rechtsanwalt unzulässig ist, kann er grundsätzlich jedenfalls ein gelegentliches einzelnes Maklergeschäft rechtswirksam mit einem Dritten vereinbaren.

(BGH, Urt. v. 31. 10. 1991 – IX ZR 303/90 – WM 1992, 279)

Schadenersatzpflicht wegen unrichtiger Bilanz

- Kausalität
- Sicherheiten der Ehefrau

(BGH, Urt.v. 21.1.1993 – III ZR 15/92)

Tatbestand:

Zur Schadenersatzpflicht eines Wirtschaftsprüfers, der durch eine unrichtige Bilanz die Ehefrau des Geschäftsinhabers zur Aufnahme von Darlehen des Ehemannes veranlaßt hat.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin begehrt die Feststellung, daß die Beklagten ihr zum Ersatz des Schadens verpflichtet sind, der ihr dadurch entstanden sei, daß sie im Vertrauen auf eine von den Beklagten erstellte günstig lautende, aber unzutreffende Bilanz für das Geschäft ihres Ehemannes selbst Darlehen aufgenommen und für im Hinblick auf diese Bilanz gewährte Darlehen ihres Ehemannes Sicherheiten gestellt habe.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, weil die Klägerin weder selbst in Vertragsbeziehungen zu den Beklagten gestanden habe noch in den Schutzbereich des Vertrages zwischen ihrem Ehemann und den Beklagten, in dessen Erfüllung diese die Bilanz erstellten, einbezogen gewesen sei.

Die Berufung der Klägerin blieb ohne Erfolg. Die Revision führte zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

I.

1. Das Berufungsgericht sieht die Feststellungsklage als zulässig an. Das wird von der Revision als ihr günstig hingenommen und läßt Rechtsfehler auch nicht erkennen.
2. Das Berufungsgericht bejaht auch eine positive Vertragsverletzung der Beklagten. Auch das ist revisionsrechtlich nicht zu beanstanden. Nach den durch Sachverständigengutachten erhärteten Feststellungen beruhte das fehlerhafte Ergebnis der von den Beklagten erstellten Bilanz des Ehemannes der Klägerin nicht auf unzureichender Unter-

richtung durch diesen, sondern auf mangelhafter Auswertung von Unterlagen, die den Beklagten vollständig vorlagen.

3. Die Annahme des Berufungsgerichts, die Klägerin sei in den Schutzbereich des zwischen ihrem Ehemann und den Beklagten geschlossenen Vertrages einbezogen gewesen, wird von der Revision als ihr günstig hingenommen und von der Revisionserwiderung ohne Erfolg bekämpft. Eine vertragliche Pflicht der Beklagten, Schäden der hier geltend gemachten Art von der Klägerin fernzuhalten, ergibt sich allerdings nicht schon daraus, daß die – unrichtige Feststellung eines zu hohen Betriebsergebnisses im Unternehmen des Ehemannes auch die von der Klägerin zu zahlende Einkommensteuer erhöht hätte. Um steuerliche Nachteile dieser Art geht es hier nicht. **Die geltend gemachten Schäden** – im Vertrauen auf die Richtigkeit der Unternehmensbilanz gewährte Darlehen und Sicherheiten für den Betrieb des Ehemannes – **stehen außerhalb des Schutzbereichs möglicher steuerrechtlicher dienstvertraglicher Pflichten der Beklagten.**

Andererseits steht fest, daß der Ehemann der Klägerin die Beklagten mit der Erstellung der Unternehmensbilanz beauftragte, weil seine Hausbank die Entscheidung über einen zu gewährenden Kredit von deren Vorlage und Inhalt abhängig gemacht hatte. In einem solchen Fall ist der als Kreditgeber des Auftraggebers vorgesehene Dritte regelmäßig als vom Parteiwillen in den Schutzbereich des Vertrages einbezogen anzusehen (vgl. BGH, Ur. v. 26. 11. 1986 = GI 87, 27 – WM 1987, 257, 259 m.w.N.). Kommen mehrere Personen als Darlehens- bzw. Kreditgeber in Betracht, so besteht kein rechtliches Hindernis, die vertragliche Schutzpflicht auch auf diese Personen auszudehnen, **vorausgesetzt, daß auch sie nach der Vorstellung der Vertragsparteien ihre Entscheidung an der erstellten Bilanz ausrichten.** Dies war hier bei der Klägerin der Fall.

II.

Die Annahme des Berufungsgerichts, der Klägerin sei durch das Verhalten der Beklagten kein Schaden entstanden, ist jedoch durch Rechtsirrtum beeinflusst. **Die mangelhafte Bilanzerstellung durch die Beklagten hat einen Schaden der Klägerin verursacht, wenn die Klägerin**

- **die Einbeziehung des (unabhängig von der Bilanz gewährten) Darlehens der Bank in die von ihr früher für Geschäftsverbindlichkeiten ihres Ehemannes gestellten Sicherheiten im Hinblick auf die Bilanz zugelassen hat (1);**

- im Hinblick auf den günstigen Inhalt der unrichtig erstellten Bilanz ihrem Ehemann die Valuta des von ihr bei der Hypothekbank aufgenommenen Darlehens hat zukommen lassen (2).

Diese Voraussetzungen liegen hier vor.

1. Das Berufungsgericht hat sich nicht davon überzeugt, daß die Bank bei Vorlage einer zutreffenden Bilanz dem Ehemann der Klägerin einen weiteren Kredit nicht bewilligt hätte. Dies wird von der Revision ohne Erfolg angegriffen. Das Berufungsgericht stützt seine Annahme darauf, daß die Volksbank – nach Aufdeckung des Fehlers in der Bilanz – über mehrere Jahre hinweg das Kreditvolumen auf nahezu eine halbe Million DM ausgeweitet hat. Diese Entwicklung der Geschäftsbeziehung durfte das Berufungsgericht zum Anlaß nehmen, den der Klägerin obliegenden Beweis nicht als geführt anzusehen. Wenn es dabei das Schreiben der Bank vom 7. 5. 1989 nicht erwähnt, so läßt sich daraus nicht schließen, daß es dieses Schreiben nicht in seine Würdigung einbezogen hat. Der Tatrichter muß nicht jede Einzelheit des Parteivorhabens erörtern (Zöller/Schneider, ZPO, 17. Aufl., § 313 Rdn. 19).

Neue Sicherheiten hat die Klägerin im Hinblick auf die unzutreffende Bilanz nach den Feststellungen nicht bestellt. Die Revision macht jedoch mit Erfolg geltend, die Klägerin hätte bei Kenntnis von der wahren finanziellen Lage ihres Ehemannes eine Auffüllung der nicht valuierten Grundschulden und Bürgschaften verhindern können und auch verhindert.

- a) Hinsichtlich der Bürgschaften macht die Revision mit Erfolg geltend, **die Klägerin hätte diese mit Wirkung für die Zukunft kündigen können und habe nur im Hinblick auf die unrichtige Bilanz davon abgesehen.** Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes hat der Bürge, der es auf unbestimmte Zeit übernommen hat, für den einem Dritten eröffneten Kredit einzustehen, nach Treu und Glauben das Recht, die Bürgschaft nach Ablauf eines gewissen Zeitraums oder bei Eintritt besonders wichtiger Umstände mit der Wirkung zu kündigen, daß die Bürgschaft sich auf die Verbindlichkeiten beschränkt, die im Zeitpunkt der Kündigung bereits begründet waren (BGH, Urt.v. 4. 7. 1985 = WM 1985, 969). Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts sind die Bürgschaften der Klägerin in den Jahren 1976 und 1979 übernommen worden. Der Zeitfaktor läßt daher die Eröffnung einer Kündigungsmöglichkeit noch nicht geboten erscheinen. Der Klägerin stand aber ein „**besonders wichtiger Umstand**“ zur Seite, der ihre Kündigung nach Treu und Glauben gerechtfertigt hätte. Ein solcher Umstand ist in der erheblichen Verschlechterung

der Vermögenslage ihres Ehemannes zu sehen, wie sie in der berichtigten Bilanz zum Ausdruck kommt. Eine erhebliche Verschlechterung der Vermögenslage des Hauptschuldners kann nach Treu und Glauben die Kündigung einer Bürgschaft für die Zukunft rechtfertigen (Mormann, in: BGB-RGRK, 12. Aufl., § 765 Rdn. 17; Staudinger/Horn, BGB, 12. Aufl., § 765 Rdn. 81). In einem solchen Fall ist dem Bürgen die Erstreckung seiner Verpflichtung auf neue Verbindlichkeiten des Hauptschuldners nach Treu und Glauben nicht weiter zuzumuten. Der Gläubiger wird durch die Einräumung des Kündigungsrechts nicht unangemessen benachteiligt; denn es steht ihm frei, ob er unter diesen Umständen dem Hauptschuldner weitere Kredite gewährt.

Die Klägerin hat vorgetragen, **bei Kenntnis der richtigen Bilanzzahlen hätte sie ihr Vermögen nicht zur Absicherung des Geschäfts ihres Mannes zur Verfügung gestellt**. Sie hat auch substantiiert und unter Beweisantritt behauptet, daß eine solche Entscheidung – wenn sie auch zum Zusammenbruch des Geschäfts ihres Ehemannes geführt hätte – wirtschaftlich vernünftig gewesen wäre und im Interesse der Familie gelegen hätte. Letzteres kann ein Indiz dafür sein, daß die Klägerin sich tatsächlich in der behaupteten Weise entschieden hätte. Die abschließende Entscheidung dieser Frage und damit über den Ursachenzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung der Beklagten und dem Schaden der Klägerin muß dem Tatrichter vorbehalten bleiben.

- b) Hinsichtlich der Grundschulden kann die Revision allerdings nicht mit dem von ihr geltend gemachten Gesichtspunkt durchdringen, diese hätten ursprünglich nur konkrete Geschäftsverbindlichkeiten des Ehemannes der Klägerin gesichert, so daß ihr Sicherungszweck im Einverständnis mit der Klägerin auf das neue Darlehen habe erstreckt werden müssen. Sie beruft sich dafür nur auf die Feststellungen des Berufungsgerichts, aus denen sich dies jedoch nicht ergibt. Nach diesen Feststellungen „betrafen die (ursprünglich) durch die Grundschulden gesicherten Verbindlichkeiten den Geschäftsbetrieb des Ehemannes“. Daraus ergibt sich nicht, daß diese Grundschulden „zunächst nur zur Sicherung konkreter, zum Zeitpunkt der Kreditaufstockung bereits teilweise getilgter Darlehensforderungen gewährt“ worden sind. Die Revision legt auch nicht dar, daß dies von der Klägerin in den Tatsacheninstanzen substantiiert behauptet worden sei. Die Grundschulden können daher ebenso gut als Sicherheit für alle gegenwärtigen und zukünftigen Kreditverpflichtungen des Ehemannes der Klägerin aus seinem Geschäftsbetrieb im Rahmen der mit der Bank bestehenden Geschäftsverbindung (vgl. BGH, Urt. v. 17. 12. 1980 = WM 1981, 162) bestellt worden sein.

Die Klägerin hätte aber die Sicherungsabrede, auf der die Bestellung der Grundschulden beruhte, angesichts der Verschlechterung der Vermögenslage ihres Ehemannes mit der Wirkung kündigen können, daß für die Zukunft nach Wirksamwerden der Kündigung entstandene Forderungen der Bank nicht mehr durch die Grundschulden gesichert wurden. Die Sicherungsabrede hat wesentliche Ähnlichkeiten mit einer auf unbestimmte Zeit übernommenen Bürgschaft für zukünftige Kreditforderungen. Der Umfang der durch die Grundschuld und durch die Bürgschaft gesicherten Forderungen ist meist derselbe. Der Bürge hat die Möglichkeit, bei wesentlicher Verschlechterung der Vermögenslage des Hauptschuldners die Bürgschaft zu kündigen mit der Wirkung, daß seine Haftung für nach Wirksamwerden der Kündigung entstehende Forderungen entfällt (vgl. oben a). Der Gedanke, daß eine wesentliche Verschlechterung der Vermögenslage des Hauptschuldners nach Treu und Glauben eine Kündigung der Bürgschaft für die Zukunft rechtfertigt, gilt auch für die Auslegung des Sicherungsvertrages über die Bestellung einer Grundschuld (vgl. Rabel, NJW 1953, 1247, 1248 f.).

2. Hinsichtlich des Darlehens der Hypothekenbank verneint das Berufungsgericht einen Schaden der Klägerin, weil sie das Darlehen selbst aufgenommen habe und ihre Belastung mit dem Rückzahlungsanspruch durch die Auszahlung des Darlehens an sie ausgeglichen worden sei. **Dabei übersieht das Berufungsgericht, daß Darlehensaufnahme und Weitergabe der Darlehensvaluta hier als wirtschaftliche Einheit angesehen werden müssen.** Der Schaden der Klägerin ist dadurch entstanden, daß sie die Darlehensvaluta, wie bei der Aufnahme des Darlehens von vornherein beabsichtigt, ihrem Ehemann für sein Handelsgeschäft zur Verfügung gestellt hat. Diese Maßnahme war durch die fehlerhafte Bilanz verursacht. Sie führte ebenso zu einem Schaden der Klägerin, wie wenn sie ihrem Ehemann das Geld aus ihrem eigenen Vermögen darlehensweise zur Verfügung gestellt hätte.

Soweit die Revisionserwiderung demgegenüber geltend macht, dieser Schaden sei deshalb nicht durch die fehlerhafte Bilanz verursacht, weil die Klägerin diese Bilanz überhaupt nicht gekannt habe, kann sie den Bestand des angefochtenen Urteils damit nicht retten. Nach dem Tatbestand des Berufungsurteils, der insoweit von den Beklagten nicht beanstandet worden ist, hat die Klägerin ihre Klage zunächst darauf gestützt, daß die Beklagten „für ihren Ehemann eine falsche Bilanz erstellt und die Klägerin damit in einen Irrtum über die Lage des Geschäfts des Ehemanns versetzt hätten“; darin liegt die Behauptung, die Klägerin habe von der falschen Bilanz Kenntnis genommen, denn

sonst hätte sie dadurch nicht in einen Irrtum versetzt werden können. Im Berufungsrechtszug hat die Klägerin „dann klargestellt, daß ihr Schaden auch (sie!) dadurch entstanden sei, daß sie für das Geschäft des Ehemanns Darlehen selbst (mit) aufgenommen habe und hierfür Sicherheiten gestellt habe“. Durch diesen weiteren Vortrag ist die Behauptung, die falsche Bilanz gekannt zu haben, nicht aufgegeben worden. Im Gegenteil wurde in dem Schriftsatz vom 18. 5. 1991 vorgetragen, wenn die im Mai 1983 vorgelegte Bilanz richtig gewesen wäre, hätte die Bank keinen Kredit gewährt; „jedenfalls hätte Frau Sch. nicht ihr Vermögen zur Absicherung zur Verfügung gestellt“. Darin liegt mindestens implizit die Behauptung, die Klägerin habe den (unzutreffenden) Inhalt der Bilanz gekannt; sonst könne ihr Verhalten dadurch nicht beeinflußt worden sein. Nach der Lebenserfahrung liegt die Kenntnis der Klägerin vom Ergebnis der von den Beklagten erstellten Bilanz für den Betrieb ihres Ehemannes auch so nahe, daß für die Beklagten aller Anlaß bestand, diese Kenntnis zu bestreiten; das haben sie aber – wie die Revisionserwiderung selbst einräumt – nicht getan.

Steuerberaterhaftung

– Sachverhaltsaufklärung

(Hanseatisches OLG, Urt. v. 14. 5. 1993 – 14 U 118/82, rkr.)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Steuerberater darf nicht darauf hinwirken, daß der Mandant im Hinblick auf steuerliche Vorteile eine „angepaßte“ Erklärung abgibt.
2. Widersprüchliche Datenangaben des Mandanten verlangen vom Steuerberater, den Widerspruch aufzuklären, wenn unterschiedliche steuerliche Folgen damit verbunden sind.

Aus den Gründen:

Der Klägerin steht gegen den Beklagten aus positiver Vertragsverletzung ein Schadenersatzanspruch in Höhe von 1.238,50 DM wegen schuldhafter Schlechterfüllung des Steuerberatervertrages und eines daraus resultierenden Steuernachteils für das Jahr 1988 zu.

Der Beklagte hat seine vertraglich übernommene Pflicht, den steuerrechtlich relevanten Sachverhalt sorgfältig und zutreffend zu ermitteln, schuldhaft verletzt. Unstreitig war der Beklagte seit 1985 umfassend als Steuerberater für die Klägerin tätig. In diesem Rahmen hat er auch zu einem von den Parteien nicht näher vorgetragenen Zeitpunkt den Auftrag erhalten, die Einkommensteuererklärung für 1988 zu erstellen. Schon am 3. 6. 1988 hatte er erfahren, daß die Klägerin derzeit in Scheidung lebte. Die Klägerin hatte ihm dabei auch berichtet, daß sie am 2. 3. 1988 den Gütertrennungsvertrag geschlossen habe. In die Einkommensteuererklärung für 1988 nahm der Beklagte die Mitteilung auf, daß die Klägerin „seit Anfang 1988“ getrennt lebe. Eine entsprechende Information muß er also von der Klägerin erhalten haben, wie der Beklagte auch selbst vorträgt. Jedenfalls vor Erstellung der Einkommensteuererklärung 1988 muß der Beklagte auch Kenntnis davon erhalten haben, daß der Ehemann der Klägerin dieser in 1988 seinen Miteigentumsanteil am gemeinsamen Grundstück übertragen hatte (der Beklagte bestreitet auch nur, daß ihm der Vertrag vom 23. 6. 1988 – vorgelegen habe). Das ergibt sich daraus, daß in dem Steuerbescheid für 1988 in dessen Anlagehinweisen darauf eingegangen wird, eine entsprechende Angabe muß folglich der Beklagte in die Steuererklärung aufgenommen haben.

Steuerrechtlich ist der Zeitpunkt des Beginns des dauernden Getrenntlebens und der Umstand, daß der Ehegatte seinen Eigentumsanteil im Veranlagungszeitraum auf den anderen Ehegatten übertragen hat, von erheblicher Bedeutung (§ 26 Abs. 1 EStG, Abschnitt 62 Abs. 4 EStRichtlinien). Danach konnte die Klägerin, wenn sie schon ab 1. 1. 1988 dauernd getrennt lebte (die Trennung also schon in 1987 vollzogen wurde), die erhöhten Absetzungen nach § 7 b EStG und § 82 a EStDurchführungsverordnung nur noch bezogen auf ihren Miteigentumsanteil von 50 % geltend machen. Wenn die Trennung jedoch erst im Jahre 1988, und sei es auch schon kurz nach Jahresbeginn, erfolgte, hätte die Klägerin die Absetzungen für das ganze Jahr 1988 zu 100 % geltend machen können. Darüber herrscht zwischen den Parteien auch kein Streit.

Über diese Regelung hat der Beklagte die Klägerin unstreitig zu keinem Zeitpunkt aufgeklärt. Ob schon darin allein eine schuldhafte Vertragsverletzung zu sehen ist, kann dahingestellt bleiben. **Mit aller Deutlichkeit ist allerdings zu betonen, daß natürlich der Beklagte in keiner Weise darauf hinwirken durfte, daß etwa die Klägerin im Hinblick auf diese Regelung eine entsprechend „angepaßte“ (wahrheitswidrige) Erklärung abgab.** Den Beklagten traf jedoch die Pflicht, den steuerrechtlich relevanten Sachverhalt sorgfältig zu ermitteln. Insoweit gilt ein strenger Sorgfaltsmaßstab.

Der Beklagte hätte danach bereits vor der Abgabe der Steuererklärung mit der Angabe des Trennungszeitpunktes „Anfang 1988“, die auf der entsprechenden Information der Klägerin beruhte, „nachfassen“ und auf Klarstellung dringen müssen. Die Angabe war nämlich unklar und mehrdeutig. Sie konnte bedeuten „schon am 1.1.1988“, sie konnte aber nach allgemeinem Sprachgebrauch auch bedeuten „irgendwann alsbald im Laufe des Jahres 1988“. Angesichts dessen, daß er ja derzeit von der erfolgten Trennung und der Anteilsübertragung des Ehemannes im Jahre 1988 wußte und jedenfalls er selbst sich der steuerrechtlichen Bedeutsamkeit des exakten Trennungszeitpunktes bei dieser Situation bewußt sein mußte, **mußte der Beklagte darauf dringen, daß die Klägerin ihre Erinnerung sorgfältig erforschte und eine exakte Antwort auf die Frage des Trennungsbeginns gab, insbesondere die entscheidende Frage klarstellte, ob die Trennung bereits am 1.1.1988 bestand oder aber erst – wenn auch möglicherweise nur kurz – danach vollzogen wurde.**

Erneut und in verstärktem Maße war der Beklagte zur Herbeiführung einer entsprechenden Klarstellung des exakten Trennungszeitpunktes durch die Klägerin verpflichtet, nachdem das Finanzamt diesbezüglich nachgefragt und auf Präzisierung gedrängt hatte. Es ist zwar nach der glaubhaften Aussage der Zeugin, die auch durch die entsprechende Gesprächsnotiz der Zeugin vom 16.10.1990 erhärtet wird, davon auszugehen, daß diese der Klägerin erklärt hatte, in der Steuererklärung stehe Anfang 1988, und das Finanzamt wolle es nun genau wissen, worauf die Klägerin dann angab, „Weihnachten 1987“. Der Beklagte hätte sich jedoch gleichwohl in dieser Situation nicht damit begnügen dürfen, diese seiner Mitarbeiterin erteilte Information ungeprüft dem Finanzamt weiterzuleiten. Er kann sich nicht darauf berufen, daß ihn nach der Rechtsprechung keine weitere Erklärungspflicht trifft, wenn er aufgrund zuvor getroffener Feststellungen von einem steuerrechtlich geklärten Sachverhalt ausgehen darf. Denn das durfte er angesichts der bisher schon unklaren Formulierung „Anfang 1988“ und angesichts dessen, daß nunmehr die erneute Information „Weihnachten 1987“ auch noch in einem klaren Widerspruch zu der früheren Information stand, gerade nicht. Erst recht, da ihm bewußt sein mußte, daß die beiden widersprüchlichen Angaben nach der aufgezeigten steuerrechtlichen Regelung gerade „auf der Kippe“ lagen – im ersten Fall hätte die Klägerin die Absetzungen zu 100 % geltend machen können, im letzteren Fall nur zu 50 % –, hätte er nunmehr darauf dringen müssen, daß die Klägerin den zutage getretenen Widerspruch aufklärte und nach sorgfältiger Erforschung ihrer Erinnerung, ggf. unter Zurateziehung weiterer diesbezüglicher Erkenntnisquellen, etwa Befragung ihres geschiedenen Ehemannes, den zutreffenden Zeitpunkt angab.



GERLING CONSULTING GRUPPE

Gerling Institut Pro Betriebliche Altersversorgung und Vorsorge-Management GmbH - GIBA

Ab 1993: Rückstellungen für Jubiläumsleistungen in der Steuerbilanz möglich!

Ein kurzer Rückblick

Die lange Zeit umstrittene Frage, ob für rechtsverbindlich zugesagte Leistungen des Arbeitgebers aus Anlaß von Dienstjubiläen seiner Arbeitnehmer Rückstellungen zu passivieren sind, ist bereits mit dem Grundsatzurteil des BFH vom 05.02.1987 (IV R 81/84, DB 17 (1987) S. 867 ff.) positiv entschieden worden. Aus diesem Grundsatzurteil ergeben sich die Passivierungspflicht der Verpflichtungen aus Jubiläumszuwendungen sowie für die Berechnung der Jubiläumsrückstellung die Anwendung der versicherungsmathematischen Methode unter der Annahme einer Gleichverteilung des Aufwandes vom Beginn des Dienstverhältnisses bis zum jeweiligen Jubiläumszeitpunkt.

Der Gesetzgeber reagierte auf dieses fiskalpolitisch unerwünschte Ergebnis im Steuerreformgesetz 1990, in dem die Auflösung bereits gebildeter Jubiläumsrückstellungen bis 1990, das Verbot steuerlich wirksamer Jubiläumsrückstellungen in den Jahren 1991 und 1992 und die eingeschränkte Zulässigkeit der Rückstellungsbildung ab 1993 enthalten waren. Verfassungsrechtliche Zweifel an der Zulässigkeit dieser gesetzlichen Regelung sind bislang noch nicht endgültig höchstrichterlich geklärt worden, entsprechende Verfahren laufen allerdings.

Die Lage ab 1993

Handelsrechtlich besteht nach wie vor uneingeschränkt Passivierungspflicht, wenn auch in der betrieblichen Praxis vielfach die handelsrechtlichen Rückstellungen dem steuerlichen Gebot folgend aufgelöst worden sind.

Aufgrund des Maßgeblichkeitsgrundsatzes § 5 Abs. 1 EStG ergibt sich zwangsläufig auch die steuerliche Passivierungspflicht. Durch das Steuerreformgesetz 1990 wurde allerdings das Ausmaß der steuerlichen Rückstellungsbildung eingeschränkt, und zwar wie folgt:

- a) Dienstjubiläen, die sich auf eine Dienstzeit von weniger als 15 Jahren beziehen, dürfen nicht berücksichtigt werden (§ 5 Abs. 4 EStG).
- b) In den ersten 10 Dienstjahren ist die Rückstellung auf 0 zu setzen (§ 5 Abs. 4 EStG).
- c) Rückstellungen dürfen nur gebildet werden, „soweit der Zuwendungsberechtigte seine Anwartschaft nach dem 31. Dezember 1992 erwirbt“ (§ 5 Abs. 6 EStG).

Darüber hinaus ist für die steuerliche Rückstellungsbildung im Gegensatz zur handelsrechtlichen die Schriftform der Zusage vorgeschrieben (§ 5 Abs. 4 EStG).

Ausgehend von den ertragsteuerlichen Vorschriften stellt sich damit die Lage ab 1993 folgendermaßen dar:

Alle Unternehmen, die schriftlich und rechtsverbindlich Jubiläumsleistungen für mindestens 15-jährige Jubiläen gewähren, müssen im Wirtschaftsjahr 1993 erstmalig Jubiläumsrückstellungen bilden!

Es ist eine Zweitberechnung der Rückstellung immer auch auf den 31.12.1992 vorzunehmen, um den Rückstellungs-Teilbetrag festzustellen, der sich für Zeiten vor 1993 ergibt und der somit steuerlich nicht ansatzfähig ist (s. oben Buchstabe c).

Vielfach gewähren Firmen Jubiläumsleistungen auch lediglich aufgrund betrieblicher Übung, d.h. ohne schriftliche Festlegung. Der arbeitsrechtliche Verpflichtungscharakter solcher Regelungen unterscheidet sich jedoch in nichts von demjenigen, der sich aufgrund einer schriftlichen Festlegung ergibt. Aus diesem Grunde sollten sich diese Firmen fragen, ob nicht die Herstellung der Schriftform sinnvoll ist, um die mit der Rückstellungsbildung einhergehenden Steuerersparnisse nutzen zu können.

Bewertungsverfahren und Höhe der Rückstellungen

Als Bewertungsverfahren ist sowohl handelsrechtlich als auch steuerrechtlich das versicherungsmathematische Teilwertverfahren unbestritten. Bei der Anwendung dieses Verfahrens ist von einer kalkulatorischen Gleichverteilung des Aufwandes vom Beginn des Dienstverhältnisses bis zum Zeitpunkt des jeweiligen Jubiläums auszugehen. Die Summe der Teilwerte pro Jubiläum ergibt den Teilwert für die gesamte Verpflichtung. Im Zeitablauf führt dies zu charakteristischen Spitzen in der Entwicklung der Rückstellungen: Nach Erreichen eines Jubiläums entfällt der entsprechende Teil der Verpflichtung, die Rückstellung fällt ab, um in den Folgejahren bis zum nächsten Jubiläum wieder kontinuierlich anzusteigen, vgl. hierzu das folgende Beispiel für eine Zusage auf 1.000 DM Jubiläumsleistung beim 25. und beim 40. Dienstjubiläum:

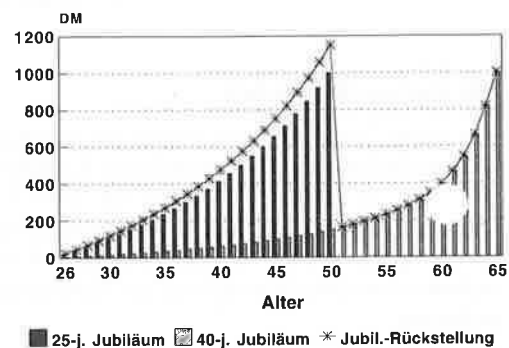
Der BFH hat in seinem Grundsatzurteil sowohl die Abzinsung der Rückstellung als auch die Anwendung eines geeigneten Fluktuationsabschlages gefordert. Steuerlich und auch handelsrechtlich ist ein Zinssatz von 5,5 % p.a. nicht zu beanstanden (BMF-Schreiben vom 28.12.1987 - IV B 2 - S 2137 - 50/87); für die Berücksichtigung der Fluktuation gibt es handelsrechtlich keinen einheitlichen Ansatz, steuerlich enthalten die beschriebenen Einschränkungen bei der Rückstellungsbildung bereits den Fluktuationsabschlag.

Die Höhe der nach § 5 Abs. 4 EStG berechneten steuerlich wirksamen Jubiläumsrückstellung hängt selbstverständlich stark von der Ausgestaltung der zugesagten Leistungen ab.

Ein für viele in der Praxis vorkommende Jubiläumszusagen repräsentatives Modell kann in der Zusage auf Jubiläumsgeld in Höhe eines Monatsgehaltes beim 25-jährigen und 40-jährigen Dienstjubiläum gesehen werden. Hierfür beträgt die Rückstellung in einem durchschnittlich geschichteten Bestand ca. 2-3 % der Lohn- und Gehaltssumme. Zusagen, die ein Mehrfaches eines Monatsgehalt vorsehen oder sich lediglich auf die lohnsteuerfreien DM-Beträge beschränken, erfordern entsprechend mehr oder weniger an Rückstellung.

Generell bleibt der steuerliche Wertansatz aufgrund der Einschränkungen des § 5 Abs. 4 EStG (Buchstaben a) und b), s. oben) um ca. 30-40 % hinter einem handelsrechtlich sinnvollen zurück. Kurz- und mittelfristig ist die Lücke wegen der Einschränkung des § 52 Abs. 6 EStG (Buchstabe c), s. oben) noch erheblich größer! Ob vor diesem Hintergrund der steuerlich zulässige Betrag auch als handelsrechtlich mindestens zulässig angesehen werden wird, bleibt abzuwarten.

Teilwert Jubiläum Eintrittsalter 25 Jahre



Berücksichtigung von Sozialabgaben und Lohnsteuern

Bei der Berechnung der Rückstellungshöhe sind sowohl steuerlich als auch handelsrechtlich zusätzlich zu erbringende Nebenleistungen, wie Sozialabgaben und evtl. übernommene Lohnsteuern bei Zusagen auf Nettoleistungen, zu berücksichtigen (vgl. z.B. Küting/Weber, BB 33 (1988), S. 2280). Es ist dabei von den Verhältnissen am Bilanzstichtag auszugehen. Im Einzelfall sind allerdings Schwierigkeiten bei der rechnerischen Ermittlung dieser Zusatzbeträge nicht auszuschließen.

Vereinfachtes Tabellenverfahren

Das in Vorbereitung befindliche BMF-Schreiben zur Ermittlung von Jubiläumsrückstellungen sieht neben den o.g. Voraussetzungen und Bewertungsverfahren als Alternative eine einfache Tabelle vor, aus der abhängig vom Alter und den Dienstjahren des jeweiligen Arbeitnehmers die entsprechende Rückstellung durch Multiplikation des Tabellenwertes mit dem Betrag der zu erwartenden Jubiläumsleistung zu ermitteln ist. Gegenüber dem exakten versicherungsmathematischen Verfahren führt diese Vereinfachung jedoch in allen Fällen zu - teilweise deutlich - niedrigeren Ergebnissen.

Jubiläumsrückstellungen bei der Vermögensteuer

Durch das Steueränderungsgesetz 1992 wird in § 109 Abs. 1 BewG festgelegt, daß Wirtschaftsgüter ab dem 01.01.1993 generell mit den entsprechenden Werten aus der Steuerbilanz auch in die Vermögensaufstellung zu übernehmen sind. Damit gelten ab 1993 bei der Ertrag- und der Vermögensteuer die gleichen Rückstellungsbeträge für Jubiläumszusagen. Insbesondere werden auch die steuerlich vorgeschriebenen Fehlbeträge (s. oben) in die Vermögensaufstellung übertragen.

Gutachtenerstellung durch GIBA

Nach Vorlage der bestehenden Jubiläumsordnung und Angabe der Anzahl der betroffenen aktiven Arbeitnehmer unterbreiten wir gerne ein konkretes Angebot für die Erstellung der jährlichen versicherungsmathematischen Gutachten über Jubiläumsrückstellungen.

Der in der Unterlassung der gebotenen sorgfältigen Sachverhaltsaufklärung liegende schuldhafte Pflichtverstoß des Beklagten ist auch ursächlich für einen der Klägerin entstandenen Schaden geworden. **Tatsächlich war sie nämlich berechtigt, für 1988 den vollen Absetzungsbetrag von 100 % geltend zu machen, weil sie 1988 zumindest noch einige Tage mit ihrem Ehemann, dem Zeugen zusammenlebte, jedenfalls noch nicht „dauernd getrennt“ im Sinne des § 26 Abs. 1 EStG von ihm war.**

Das ergibt sich aus der Aussage des Zeugen, der mit dem Landgericht zu folgen ist. Er hat sehr plausibel geschildert, daß und wieso die Trennung in Gestalt seines Auszuges aus der ehelichen Wohnung erst nach Abschluß der Weihnachtsferien 1987/1988 erfolgte. Da nämlich sah er seine Schülerin/Freundin wieder, was dann zur Trennung von der Klägerin führte.

Dafür, daß die Trennung nicht schon zu Jahresbeginn 1988 vollzogen war, spricht übrigens auch, daß im Ehevertrag vom 2. 3. 1988 als Wohnanschrift des Ehemannes noch die eheliche Wohnung in der N-Straße angegeben ist. Erst im Anteilsübertragungsvertrag vom 23. 6. 1988 ist dann die neue Wohnung des Ehemannes angegeben.

Daß in § 3 des letztgenannten Vertrages der Verrechnungs- und Übergabetag auf den 1. 1. 1988 festgelegt worden ist, spricht entgegen der Auffassung des Beklagten nicht entscheidend gegen die Darstellung des Zeugen. Dieser Verrechnungs- und Übergabetag wird rechtstechnisch häufig auf einen bestimmten Zeitpunkt (z. B. Beginn eines Jahres, wie hier) festgelegt, ohne daß er der tatsächlichen Übergabe entsprechen muß. Der weitere Satz des § 3 „Frau A. bewohnt das Einfamilienhaus“ besagt in diesem Zusammenhang gar nichts. Es ist damit nicht gesagt, daß sie es bereits ab 1. 1. 1988 allein bewohnte.

Auch die Bekundung der Zeugin steht der Darstellung des Zeugen nicht entgegen. Es kann unterstellt werden, daß die Klägerin der Zeugin auf deren telefonische Nachfrage Ende Oktober 1990 erklärte, sie lebe seit „Weihnachten 1987“ getrennt. Bei der gegebenen Sachlage ist nämlich nicht davon auszugehen, daß diese damalige Angabe richtig gewesen sein muß. Wie bereits ausgeführt, ist es vielmehr angesichts der nicht erfolgten Aufklärung seitens des Beklagten über die Bedeutung des Trennungszeitpunktes durchaus möglich, daß die Klägerin gedankenlos ohne sorgfältiges Erforschen der Erinnerung diesen Zeitpunkt (bzw. Zeitraum) benannt hat als dasjenige Ereignis, das jedenfalls in nahem zeitlichen Zusammenhang mit der erst im Laufe des Januar dann erfolgten Trennung stand. Gerade aus der späteren Sicht – hier Oktober 1990 – schrumpfen vergangene Zeiträume zusammen, und bestimmte Ereignisse verknüpfen sich in der Erinnerung mit zeitlich in der Nähe liegenden kalendermäßigen

Daten, hier „Weihnachten 1987“, auch wenn sie erst einige Tage später – hier im Laufe des Januar 1988 – stattfanden.

Der somit schuldhaft vom Beklagten verursachte Schaden der Klägerin besteht in dem Steuernachteil, der ihr dadurch entstanden ist, daß im Veranlagungszeitraum von 1988 mit dem bestandskräftig gewordenen Steuerbescheid vom 28. 11. 1990 nur ihr Eigentumsanteil von 50 % bei den erhöhten Absetzungen nach § 7 b EStG, § 82 a EStdurchführungsverordnung mit insgesamt 4.510,00 DM berücksichtigt worden ist. Bei zutreffender Angabe des Trennungszeitpunktes erst im Laufe des Januar 1988 wäre das volle Eigentum der Klägerin zu 100 % zu berücksichtigen gewesen, die Klägerin hätte weitere 4.510,00 DM absetzen können. Das hätte 1988 zu einer steuerlichen Minderung von weiteren 2.477,00 DM geführt (vgl. die Gegenüberstellung vom 20. August 1991, Anlage K3). Hierüber besteht zwischen den Parteien auch kein Streit.

Gleichwohl kann die Klägerin nicht ihren vollen Schaden vom Beklagten ersetzt verlangen. Gemäß § 254 Abs. 1 BGB ist nämlich zu berücksichtigen, daß bei der Entstehung des Schadens ein eigenes Verschulden der Klägerin mitgewirkt hat. Dieser Gesichtspunkt ist mit den Parteien in der mündlichen Verhandlung vom 23. April 1993 auch bereits erörtert worden. **Das ursächliche Mitverschulden der Klägerin besteht darin, daß sie in dem Telefongespräch mit der Zeugin dieser leichthin die falsche Zeitangabe „Weihnachten 1987“ gemacht hat, obwohl die Zeugin sie ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß das Finanzamt „es nun genau wissen“ wolle.** Schon von daher mußte der Klägerin klar sein, daß es steuerlich auf das genaue Datum ankam, auch wenn sie über die steuerrechtliche Regelung im einzelnen keine Kenntnis hatte. Wenn sie gleichwohl ihre Erinnerung nun nicht sorgfältig erforschte, sondern leichthin eine tatsächlich unzutreffende Zeitangabe machte, so ist ihr dies als mitwirkendes Verschulden anzulasten. Dieses wertet der Senat als so erheblich, daß es in Abwägung mit dem Verschulden des Beklagten die hälftige Teilung des Schadens rechtfertigt. Die Klägerin kann danach nur 1.238,50 DM aus ihrem Steuerschaden betreffend die Veranlagung für 1988 von dem Beklagten ersetzt verlangen.

Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 26. 9. 1991 (GJ 92, 28 [LS] = NJW 1992, 240, 241) steht der Berücksichtigung des Mitverschuldens der Klägerin nicht entgegen. Jene Entscheidung besagt lediglich, daß davon auszugehen ist, daß der Mandant bei pflichtgemäßem Verhalten des Rechtsanwaltes (oder Steuerberaters) die zutreffenden Informationen erteilt hätte. Davon geht der Senat vorliegend auch aus. Gleichwohl hindert dies nicht die tatsächlich von der Klägerin leichtfertig falsch

abgegebene Information, die für den Schaden mitursächlich geworden ist, ihr als Mitverschulden anzurechnen.

Die zugesprochene Zinsforderung ist, nachdem die Zustellung der Klageschrift an den Beklagten am 4. Oktober 1991 erfolgte, gemäß §§ 291, 187 Abs. 1 BGB ab dem 5. Oktober 1991 (vgl. Palandt-Heinrichs, § 187, Rnr. 1) begründet.

Hinsichtlich der Berufung der Klägerin gilt folgendes: Mit ihrer Berufungsbegründung hat die Klägerin „die Hauptsache“ für erledigt erklärt. Zumindest aus den Gründen des Schriftsatzes ergibt sich eindeutig, daß sich die Erledigungserklärung – natürlich – nur auf den Gegenstand ihrer eigenen Berufung bezieht, nicht etwa auf den Teil der Hauptsache, den das Landgericht ihr zugesprochen hatte (Schadenersatz von 2.477,00 DM für 1988). Der Beklagte hat der Erledigungserklärung widersprochen und begehrt insoweit die Zurückweisung der Berufung der Klägerin unter Aufrechterhaltung der Klageabweisung.

Es ist nach der einseitigen Erledigungserklärung darüber zu entscheiden, ob sich die Hauptsache insoweit, als das Landgericht die Klage abgewiesen hat, erledigt hat. Das könnte nur dann der Fall sein, wenn die Klage insoweit zunächst begründet war. Das trifft jedoch nicht zu. Zu Recht hat das Landgericht die Klage insoweit abgewiesen. Schon deshalb ist eine Erledigung insoweit nicht eingetreten.

Amtspflichtsverletzung des Finanzamtes

- ungerechtfertigte Mahnungen
- Rechtssprechungsübersicht zur
Amtshaftung des FA

LG Hamburg, Urt. v. 10. 4. 1992 – 303 O 340/91
– Steuerberatung 1993, 329

Leitsätze

1. Die Finanzbehörden sind verpflichtet, die gebotenen organisatorischen Vorkehrungen gegen ein voraussehbares menschliches Versagen ihrer Mitarbeiter zu treffen.
2. Ein rechtskundiger Bürger kann die Kosten, die erforderlich sind, um sich gegen ungerechtfertigte Mahnungen einer Finanzbehörde zur Wehr zu setzen, als Schadenersatz nach Amtshaftungsgrundsätzen erstattet verlangen.

Zum Sachverhalt:

Die beklagte Finanzbehörde mahnte beim Kläger eine auf sie übergeleitete Unterhaltsforderung an, ohne daß die rechtlichen Voraussetzungen hierfür vorlagen. Der Kläger nahm hiergegen anwaltliche Hilfe in Anspruch. Die hierfür aufgewendeten Kosten verlangt er erstattet.

Aus den Gründen:

Dem Kläger steht dem Grunde nach gem. § 839 BGB, Art. 34 GG ein Anspruch auf Ersatz seiner Rechtsverfolgungskosten im Zusammenhang mit den Mahnungen der Landeshauptkasse von April/Mai 1989 und vom 14. 9. 1989 gegen die Beklagte zu (II). Der Höhe nach ist der Anspruch jedoch gem. § 120 BRAGO auf den zugesprochenen Betrag beschränkt (III).

I.

Die Beklagte hat eine dem Kläger gegenüber bestehende **Amtspflicht verletzt, indem sie unter Androhung der zwangsweisen Einziehung die auf sie übergeleiteten Unterhaltsforderungen mit den oben genannten Schreiben angemahnt hat...**

Wie die Beklagte nicht in Abrede nimmt, durfte der Kläger nicht unter Androhung der zwangsweisen Einziehung zur Unterhaltszahlung für seinen Sohn W aufgefordert werden. Der fristgerecht angefochtene Überleitungsbescheid vom 31. 3. 1988 stellte keinen vollstreckbaren Titel im Sinne des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes dar. Vielmehr ist in derartigen Fällen die Verwaltungsbehörde darauf verwiesen, den Unterhalt im Wege einer bürgerlich-rechtlichen Streitigkeit vor dem zuständigen Zivilgericht geltend zu machen, um aufgrund eines ggf. dort erstrittenen Titels Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ergreifen zu können. Soweit es die zweite Mahnung vom 14. 9. 1989 betrifft, ist die Vorgehensweise der Beklagten um so mehr zu beanstanden, als sie die am 17. 5. 1989 mündlich erteilte Zusage mißachtet hat, angesichts der oben geschilderten Rechtslage weitere derartige Mahnungen in Zukunft zu unterlassen, zumal der Überleitungsbescheid für die Vergangenheit zwischenzeitlich mit Bescheid vom 18. 7. 1989 wegen verzögerter Sachbearbeitung bereits aufgehoben worden war.

Die Beklagte hat ihr Verhalten nicht hinreichend entschuldigt. **Es mag sein, daß auch dem gewissenhaftesten Sachbearbeiter ein Versehen der streitbefangenen Art einmal unterlaufen kann. Abgesehen davon, daß im vorliegenden Fall wiederholte Versäumnisse zu verzeichnen sind, ist indes**

nicht ersichtlich, daß die Beklagte die gebotenen organisatorischen Vorkehrungen gegen ein voraussehbares menschliches Versagen getroffen hätte.

Dem Kläger ist ein Schaden durch die Belastung mit Rechtsverfolgungskosten entstanden, welcher der Beklagten zuzurechnen ist. **Anwaltskosten sind gem. § 249 BGB zu erstatten, wenn die Inanspruchnahme eines Rechtsanwalts erforderlich war** (Heinrichs in: Palandt, BGB, 50. Aufl. [1991], § 249 Rdnr. 21). Dies war hier der Fall. Es konnte dem Kläger insbesondere nicht zugemutet werden, darauf zu vertrauen, daß die angedrohte zwangsweise Einziehung in Ermangelung eines vollstreckungsfähigen Titels ohnehin nicht erfolgen durfte. Immerhin hatte die Beklagte durch ihre Mahnungen den Eindruck erweckt, daß sie sich hieran nicht halten wollte. Zumindest war der Vorgang aber in ihrem Bereich außer Kontrolle geraten. In einem solchen Fall ist der betroffene Bürger nicht nur berechtigt, sondern zur Vermeidung von eigenen Rechtsnachteilen sogar verpflichtet, die zu Gebote stehenden Rechtsmittel zu ergreifen, also etwa eine Gegenvorstellung zu erheben. Ansonsten könnte ihm ein überwiegenes Mitverschulden (§§ 839 Abs. 3, 254 BGB) vorgeworfen werden, wenn es infolge seiner Untätigkeit zu einem weitergehenden Schaden gekommen wäre. Der Kläger durfte sich auch der Hilfe eines Anwalts bedienen. Abgesehen von völlig klar gelagerten Fällen wird die Erforderlichkeit anwaltlicher Vertretung sowohl in Zivil- (vgl. OLG Karlsruhe, NJW-RR 1990 S. 929 m.w. Nachw.) als auch im Verwaltungsrecht (vgl. etwa Kopp, VwVfG, 5. Aufl. [1991], § 80 Rdnr. 30 m.w. Nachw.) im allgemeinen bejaht. **Aus der Sicht des rechtsunkundigen Klägers war nicht offensichtlich, daß es sich bei den Mahnungen um ein bloßes Versehen handelte, zumal selbst die telefonische Rücksprache durch seinen Anwalt vom 17.5.1989 nicht genügt hatte, um den Vorgang aus der Welt zu schaffen.**

Eine strengere Beurteilung der Rechtsfolgen ungerechtfertigter Mahnungen im öffentlich-rechtlichen gegenüber solchen im privatrechtlichen Bereich ist damit nicht verbunden. Wenn etwa der Sohn des Klägers persönlich unberechtigt Unterhaltsforderungen angemahnt hätte, wären die zur Abwehr angedrohter Vollstreckungsmaßnahmen aufgewendeten Rechtsverfolgungskosten unter dem Gesichtspunkt der PVV der unterhaltsrechtlichen Sonderverbindung ebenfalls im Prinzip erstattungsfähig.

II.

Gem. § 120 Abs. 1 BRAGO kann der Kläger für die Tätigkeit im Zusammenhang mit den beiden streitbefangenen Mahnschreiben jeweils nur 2/10 der vollen Gebühr nach einem Streitwert von 18.991,20 DM (2 x

163,60 DM) erstattet verlangen. Weiter steht ihm ein Anspruch auf Ausgleich einer Gebührenpauschale gem. § 26 BRAGO in Höhe von je 24,54 DM sowie Mehrwertsteuer in Höhe von 14 % der angefallenen Gebühren je 26,34 DM zu. Ob die Tätigkeit seines Rechtsanwalts gem. § 119 Abs. 2 BRAGO innerhalb des Verwaltungszwangsverfahrens entfaltet wurde oder ob es sich um eine vorgeschaltete Tätigkeit handelte, kann dabei dahinstehen. Jedenfalls beschränkte sie sich auf Schreiben einfacher Art, die weder schwierige rechtliche Ausführungen noch größere sachliche Auseinandersetzungen enthielten...

Weiterführende Rechtsprechungshinweise zur Amtshaftung des Finanzamtes

- | | |
|--|--|
| 1. Unbegründete Steuerveranlagung
– Amtspflicht bei Ermittlung der Steuerpflicht und bei Festsetzung der Steuer – | RGZ Bd. 165, 25;
BGHZ Bd. 39, 77;
BGHZ VersR 1961,
S. 533 (betrifft:
Schätzungs-
veranlagung) |
| 2. Unbegründeter Haftungsbescheid | LG München,
BB 1959, S. 874 |
| 3. Doppelte Eingabe von Betriebseinnahmen und Gewinn | LG München I,
DStR 1980, 103 |
| 4. Verzögerte Sachbehandlung des Finanzamtes bei Vollziehung eines unrichtigen Steuerbescheides | BGH WM 1963,
349 |
| 5. Absichtliche Unterdrückung von Anträgen des Steuerpflichtigen | RGZ Bd. 157, 197 |
| 6. Schädigung eines Steuerpflichtigen durch Einlegung eines Rechtsmittels nach Fristablauf
– Amtspflicht zur Beachtung der Verfahrensvorschriften – | BGHZ Bd. 21, 359

vorschriften – |
| 7. Verletzung des Steuergeheimnisses durch Strafsachenstelle des Finanzamtes | BGH StB 1981, 147;
vgl. auch RG JW
1934, 420 |
| 8. Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bei Kreditgewährung des Landes zur Industriean siedlung | BGH VersR 1962,
444 |
| 9. Zwangsvollstreckung wegen Steuerforderung in Eigentum eines Dritten mit anschließender Ver- | BGHZ Bd. 32, 240 |

- steigerung ohne vorherige Klärung der Eigentumsverhältnisse
– Amtspflichten in Vollstreckungsverfahren – BGH NVwZ 1982, 393; VersR 1982, 898 = BB 1982, 1451 = StB 1983, 13 mit Anm. Heine
10. Freigabe einer Sicherheit zum Nachteil eines Steuergesamtschuldners RG DR 1942, 1242
RG JW 1934, 2767
11. Pflichtwidrige Forderungspfändung durch das Finanzamt OLG Frankfurt, StB 1981, 36
12. Schädigung durch Vorgehensweise der Steuerfahndung LG Mainz StBg 1980, 203
= StB 1981, 149
13. Nichtbeachtung eines Antrages auf Verrechnung von Umsatzsteuerguthaben LG Hannover, BB 1977, 1138
= DStR 1977, 358
= Stbg 1977, 81
14. Zur Frage amtspflichtwidrigen Vorgehens von Beamten der Finanzverwaltung bei Erwirkung und Vollzug eines Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlusses BGH VersR 1983, 37
15. Zur Pflicht des Finanzamtes zur sachgerechten, d. h. richtigen und unmißverständlichen sowie vollständigen Auskunftserteilung und Aufklärung bei Abtretung von Steuerguthaben OLG Hamm, Ur. v. 24. 7. 1981
16. Pflicht zur rechtzeitigen Festsetzung von Zinsen zu Gunsten des Steuerpflichtigen bei Steuerrückvergütungen OLG Koblenz, GI 1986, 88
17. Amtspflicht des Betriebsprüfers zur Feststellung der zutreffenden Besteuerungsgrundlagen BGH, GI 1986, 133
18. Kein Regress Dritter bei Versteigerung eines Grundstückes unter Wert und bei unterlassener Benachrichtigung über den Versteigerungstermin OLG Düsseldorf, GI 1992, 324
19. Abweichung von Steuerrechtslinien LG Hannover, GI 1992, 54

20. Das Finanzamt hat alle für den Steuerpflichtigen auch günstigen Umstände zu berücksichtigen. Es darf erst schätzen, wenn keine ausreichende Aufklärung erfolgt oder keine Versicherung an Eides statt erfolgt
- OLG Düsseldorf,
GI 1993, 56

Durchgriffshaftung

- Geschäftsführer einer GmbH
 - Steuerberater der GmbH
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 11. 7. 1991 – 13 U 49/91)

Leitsatz:

Der Geschäftsführer einer GmbH braucht für Steuerberaterschulden der GmbH persönlich nur unter den von der Rechtsprechung zur Durchgriffshaftung des GmbH-Geschäftsführers entwickelten Grundsätzen einzustehen (vgl. BGH in WM 84/960; NJW 88/2234 und NJW 90/389).

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung hat keinen Erfolg. Der Kläger kann vom Beklagten Bezahlung der Gebührenrechnungen vom 7.11.1989, 31.1.1990 und 31.3.1990 nicht verlangen.

Eine Haftung des Beklagten in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Firma, die ihrerseits Komplementärin der Firma war, für die vom Kläger geltend gemachten Steuerberatergebühren kommt aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt in Betracht. – Sie ist vor allem nicht durch dessen **Vermerk vom 15. 3. 1990** begründet worden. Unstreitig, aber auch vom eindeutigen Inhalt her, handelt es sich bei diesem **Schriftstück um die vorgesehene Abrechnung unter den Gesellschaftern** (Beklagter und dessen Mutter) über die Verteilung des Kaufpreises. **Sie war intern und für niemanden sonst bestimmt.** Dadurch, daß sie durch Zufall in die Hände des Klägers als Steuerberater gelangt ist, können für diesen keine Rechte begründet werden. Das gilt für den eigentlichen Text ebenso wie für den handschriftlich zugefügten Vermerk. Ein Bindungs- oder Verpflichtungswille gegenüber dem Kläger, der an der Vorbereitung und der Erstellung dieses Schriftstücks nicht einmal mitgewirkt hat, kommt in beiden nicht

zum Ausdruck. – Außerdem ist an der betreffenden Stelle gesagt, daß nicht der Beklagte persönlich Schuldner einer Forderung ist, sondern die von ihm vertretene Gesellschaft – ebenso wie dort umgekehrt von einer Forderung dieser Gesellschaft (und nicht des Beklagten persönlich) gegen den Kläger die Rede ist. Beides wird durch die jeweils gleiche Formulierung dokumentiert.

Die Rechnung vom 31.3.1990, welche sich auf verschiedene die oben angeführten Firmen betreffende Steuererklärungen für das Jahr 1988 bezieht, braucht der Beklagte ebenfalls nicht zu bezahlen. Hierfür hat gemäß Beratervertrag vom 4. 6. 1985 die Auftraggeberin, die Firma, einzustehen. Der Beklagte, der bis zum 31.12.1988 Geschäftsführer von deren Komplementär-GmbH war, ist nicht Schuldner geworden. Eine persönliche Haftung des GmbH-Geschäftsführers kommt nur ausnahmsweise unter dem Gesichtspunkt des Verschuldens bei Vertragsschluß in Betracht. Die Voraussetzungen für eine solche **Durchgriffshaftung** des GmbH-Geschäftsführers, wie sie von der Rechtsprechung entwickelt worden sind (BGH WM 84/960; NJW 88/2234; NJW 90/389), liegen nicht vor. **Dazu genügt es nicht, daß der Beklagte den Auftrag zur Anfertigung der verschiedenen Steuererklärungen erteilt hat. Dies gehörte zu seinen Aufgaben als Geschäftsführer der Firma.** Persönliche Verpflichtungen des Geschäftsführers wurden dadurch nicht ausgelöst. – Die vom Kläger in den Rechnungen und noch im Mahnbescheid vertretene Auffassung, der Beklagte sei Rechtsnachfolger der veräußerten Firma, ist unrichtig.

Soweit der Kläger sich für eine Haftung des Beklagten zusätzlich auf **Vorgänge im Zusammenhang mit einer erbetenen bilanzmäßigen Rückstellung** für seine Kosten beruft, kommt dem jedenfalls für die Rechnung vom 31.3.1990 keine Bedeutung zu. Die Rückstellung sollte nach dem Vortrag des Klägers nämlich nicht für seine in der Rechnung vom 31.3.1990 erfaßten Tätigkeiten erfolgen sondern für zusätzliche Arbeiten und Aufwendungen zur Erstellung der Handelsbilanz per 31.12.1987.

Schließlich braucht der Beklagte auch die beiden Rechnungen vom 7.11.1989 und 31.1.1991 nicht zu bezahlen. Sie verhalten sich nach eigenem Vorbringen des Klägers „über die im Zusammenhang mit dem Verkauf angefallene Mehrarbeiten und Fahrtkosten“. Die Frage, wer diese bezahlen muß, ist nicht anhand des vom Kläger zitierten Vertragsentwurfs zu beantworten. Entscheidend ist vielmehr der abschließende schriftliche Kaufvertrag selbst. Er liegt dem Gericht auszugsweise vor und besagt, daß die Arbeiten „im Auftrag des Käufers“ zu erstellen waren. Daß darunter auch eventuell notwendige Mehrarbeiten und Aufwendungen zu verstehen sind, die dem gleichen Zweck dienten, kann nicht zweifelhaft

sein. Das aber bedeutet: Es ist vertraglich festgelegt, daß die oben angeführten beiden Rechnungen vom Käufer zu begleichen sind.

Es kann nicht festgestellt werden, daß der Vertrag in diesem Punkt irgendwann eine Abänderung erfahren hat. Zwar hat der Kläger im Schreiben vom 7.7.1989 die mitbilanzierende Firma gebeten, man möge für seine zusätzlichen Aufwendungen und Arbeiten im Rahmen der Handelsbilanz eine Rückstellung von 7.000,- DM berücksichtigen. Der Beklagte hat dem widersprochen, weil er Mehrkosten mit dem Kläger „außerbetrieblich“ abrechnen werde. Das bestreitet er nicht, meint aber, er habe sich zu Recht gegen die Rückstellung gewehrt, einmal, weil er die Mehrkosten von Anfang an für unberechtigt gehalten habe, aber auch und vor allem, weil eine derartige Rückstellung den Kaufpreis reduziert haben würde. Das erste Argument mag dahinstehen, daß zweite trifft jedenfalls zu, denn die Bilanzen waren – unstreitig – für die Festlegung des Kaufpreises maßgeblich. Der Beklagte als Geschäftsführer der Verkäuferin beziehungsweise von deren Komplementär-GmbH war der maßgebliche Ansprechpartner für den Verkauf des Unternehmens. Seine Erklärungen in diesem Zusammenhang sind nicht dahingehend zu verstehen, daß er eine eigene Verpflichtung eingehen wollte, für Steuerberaterleistungen des Klägers persönlich einzustehen. Vor allem kann dem nicht entnommen werden, daß er die anderslautende schriftliche Regelung im Kaufvertrag einseitig und zu seinem persönlichen Nachteil abändern wollte. Der Senat teilt deshalb die Auffassung des Landgerichts, daß diese Äußerung in ihrer Kürze nicht die Feststellung erlaubt, ihr liege ein persönlicher Verpflichtungswille zugrunde. Insoweit bestehende Unklarheiten würden jedenfalls zu Lasten des Klägers gehen.

Letztlich kann der Kläger den Beklagten für die beiden zuletzt genannten Rechnungen auch nicht aus dem **Gesichtspunkt einer Verletzung nach vertraglicher Pflichten** in Anspruch nehmen. Maßgeblicher Vertrag ist der Beratervertrag zwischen der Firma. Persönliche Verpflichtungen des Beklagten sind darin nicht enthalten. Im späteren Veräußerungsvertrag ist dann die Erwerberin als Auftraggeber und damit als Zahlungspflichtiger für die Arbeiten des Klägers benannt. Weshalb der Beklagte in Abweichung hiervon dann noch nach dem Schreiben des Klägers vom 7.7.1989 die betreffende Regelung im schriftlichen Kaufvertrag zu seinem eigenen Nachteil hätte abändern sollen, leuchtet nicht ein. Den Vortrag des Klägers, durch das Eingreifen des Beklagten sei die KG von den Ansprüchen des Klägers freigestellt und gleichzeitig erreicht worden, daß auch die Erwerberin für sie nicht aufzukommen habe, vermag der Senat im Hinblick auf die klaren vertraglichen Vereinbarungen nicht nachzuvollziehen.

Notarhaftung

- fehlerhafte Grundstücksbezeichnungen
 - Anschlußfehler des Rechtsanwalts
 - fehlerhafter gerichtlicher Hinweis
- (LG Oldenburg, Urt. v. 3. 11. 1992 – 7 O 830/92, rkr.)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Notar ist verpflichtet, für eine hinreichend bestimmte Bezeichnung einer zu übertragenden Grundstücksfläche Sorge zu tragen.
2. Anwaltsfehler bei der Korrektur des Notarfehlers (führen wegen der Subsidiarität der Notarhaftung zur Primärhaftung des Rechtsanwalts. (anderweitige Ersatzmöglichkeit i. S. § 19 I, 2 BNotO)
3. Wird der Anwalt durch einen fehlerhaften gerichtlichen Vorschlag „in die Irre geführt“, entlastet ihn dies nicht.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin begehrt von dem Beklagten als Notar Schadenersatz wegen schuldhafter Amtspflichtverletzung.

Die Klägerin war Eigentümerin des früheren Flurstücks 257/7 der Flur 1 der Gemarkung W. eingetragen im Grundbuch von W. zu Band 57 Blatt 2268, welches von der D-Straße bis an den Küstenkanal heranreichte. Der hintere, nahezu quadratische Teil, den die Klägerin an den Erwerber Diesen zum Preis von 130.000 DM veräußern wollte, war mit einem älteren Wohnhaus bebaut.

Der Beklagte beurkundete als Notar am 8. 8. 1985 zu seiner UR.-Nr. 165/85 einen Kaufvertrag. Aufgrund der von ihm in § 1 des Kaufvertrages gewählten Grundstücksbezeichnung wurde nicht nur der hintere Teil, sondern das gesamte Flurstück veräußert und auf den Erwerber umgeschrieben. Da der Erwerber sich auf die Grundbucheintragung zu seinen Gunsten berief, hat die Klägerin den Vertrag durch Erklärungen vom 19. 12. 1985 wegen Irrtums und durch weitere Erklärungen 28. 10. 1986 wegen arglistiger Täuschung angefochten.

Der Erwerber hatte daraufhin vor dem Landgericht Oldenburg – 8 O. 1479/86 – auf Feststellung geklagt, daß er Eigentümer der gesamten Parzelle 257/7 geworden sei. Widerklagend hatte die Klägerin zunächst die Rückauflassung des nicht mitverkauften Grundstücksteils verlangt.

Aufgrund eines gerichtlichen Hinweises, daß eine teilweise Rückauflösung rechtlich unzulässig sei und der Anspruch der Klägerin das gesamte Kaufobjekt erfassen müsse, hat die Klägerin ihr ursprüngliches Klagebegehren umgestellt und beantragt, daß sie wieder als Eigentümerin des gesamten Grundstücks eingetragen werde.

Durch Urteil vom 30. 6. 1987 hat das Landgericht die Klage abgewiesen und der Widerklage stattgegeben. Auf die Berufung des Klägers änderte das Oberlandesgericht durch das in Bezug genommene Urteil vom 16. 2. 1989 die landgerichtliche Entscheidung dahingehend ab, daß die Klägerin – entsprechend ihrem zunächst gestellten Widerklageantrag – als Eigentümerin des vorderen Grundstücksteils wieder im Grundbuch eingetragen werde, wobei der Klägerin ein Teil der Kosten erster und zweiter Instanz auferlegt wurden.

Am 9. 10. 1991 schlossen die Klägerin und der Erwerber D. unter gleichzeitiger Beteiligung der Nacherben und weiterer von der Übertragung des Grundstücks betroffener Grundstückseigentümer einen Rückabwicklungsvertrag – UR-Nr. 441/92 des Notars G. –, wonach die Klägerin weitere Notarkosten zu tragen hatte.

Die Klägerin behauptet, die von ihr in erster und zweiter Instanz des Verfahrens 8 O. 1479/86 zu tragenden Kosten beliefen sich auf insgesamt 29.835,53 DM. Ferner seien ihr durch den Rückabwicklungsvertrag weitere Kosten in Höhe von 394,90 DM entstanden. Diese hat sie im Verlauf des Prozesses auf 324,10 DM gemindert. In Höhe des Differenzbetrages von 70,80 DM füllt sie ihren Anspruch mit weiteren Kosten auf, die ihr in Höhe von 233,78 DM wegen einer weiteren Beurkundung entstanden seien, die im Zusammenhang mit der Rückabwicklung erforderlich geworden wären – UR-Nr. 349/92 des Notars G.

Die Klägerin ist der Ansicht, der Beklagte sei ihr zum Ersatz dieser Kosten verpflichtet, da sie durch seine fehlerhafte Amtstätigkeit verursacht worden seien. Der Beklagte könne sich auf das Vorliegen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit, die er in der fehlerhaften Prozeßführung im Verfahren 8 O. 1479/856 sehe, nicht berufen. Eine fehlerhafte Prozeßführung liege nicht vor, da der ursprünglich gestellte Antrag der Klägerin erst nach einem ausdrücklichen Hinweis des Richters in jenem Verfahren umgestellt worden sei.

Nachdem der Beklagte auf die aufgrund des Rückabwicklungsvertrages von der Klägerin zu tragenden Notarkosten einen anerkannten Teilbetrag 141,70 DM zzgl. Zinsen (insgesamt 144,06 DM) gezahlt hatte, hat die Klägerin ihren Antrag entsprechend herabgesetzt.

Ferner begehrt die Klägerin Feststellung der Ersatzpflicht hinsichtlich der weiteren Schäden, da diese noch nicht abschließend feststünden, da der Rückabwicklungsvertrag grundbuchmäßig noch nicht abschließend durchgeführt sei.

Die Klägerin beantragt,

1. den Beklagten zu verurteilen, an die Klägerin 30.229,93 DM nebst 4 % Zinsen seit dem 10. 7. 1989 abzüglich erledigter 141,70 DM zu zahlen.
2. festzustellen, daß der Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin allen weiteren Schaden zu ersetzen, der aus der fehlerhaften Beurkundung des Kaufvertrages vom 8. 8. 1985 (UR-Nr. 165/85 des Beklagten) entstanden ist.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Eine Ersatzpflicht bestünde nur hinsichtlich der durch den Rückabwicklungsvertrag entstandenen Notarkosten, die sich auf 324,10 DM beliefen. Darauf habe sich die Klägerin allerdings die Vorteile anrechnen zu lassen, die ihr dadurch entstanden seien, daß eine gesonderte Auflassung nicht mehr erforderlich gewesen sei. Bei ordnungsgemäßer Amtshandlung des Beklagten wären für die dann erforderlich Auflassung Notarkosten von 182,40 DM entstanden. Der Differenzbetrag von 141,70 DM (324,10 DM – 182,40 DM) sei der Klägerin einschließlich angefallener Zinsen mit insgesamt 144,06 DM erstattet worden. Soweit die Klägerin aufgrund der Beurkundung vom 1. 7. 1992 – UR-Nr. 349/92 des Notars G. – weitere Kosten in Höhe von 223,78 DM zur Auffüllung ihres Anspruchs geltend mache, sei nicht dargelegt, daß diese auf der fehlerhaften Amtstätigkeit des Beklagten beruhten.

Der Anspruch der Klägerin wegen der Prozeßkosten in dem Verfahren 8 O. 1479/86 sei nicht begründet. Diese beruhten allein darauf, daß die Klägerin dieses Verfahren falsch geführt habe. Trotz des gerichtlichen Hinweises in erster Instanz hätte sie nicht die Rückauflassung des gesamten Grundstücks verlangen dürfen, sondern bei ihren ursprünglich gestellten Anträgen verbleiben müssen.

Aus den Gründen:

I.

Der Anspruch der Klägerin auf Schadenersatz wegen der von ihr aufgrund des Vorprozesses 8 O. 1479/86 zu tragenden Prozeßkosten ist zur Zeit nicht begründet.

Unstreitig hat der Beklagte als Notar bei der Beurkundung des Kaufvertrages vom 8. 8. 1985 – UR.-Nr. 165/85 – fahrlässig die ihm obliegende Amtspflichten verletzt, indem er in dem Vertrag die zu veräußernde Grundstücksfläche fehlerhaft bezeichnet hat. Dies hatte zur Folge, daß der Erwerber diesen entsprechend dem Willen der Beteiligten nicht nur hinsichtlich der rückwärtigen Teilfläche, sondern für das gesamte Flurstück 257/7 als neuer Eigentümer im Grundbuch eingetragen wurde. **Die fehlerhafte Grundstücksbezeichnung beinhaltet einen Verstoß gegen die dem Beklagten gemäß § 17 BeurkG obliegende Amtspflicht, wonach der Notar auch für eine hinreichend bestimmte Bezeichnung der zu übertragenden Grundstücksfläche Sorge zu tragen hat** (Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 3. Aufl., Rd. II 253). Aufgrund dieser als fahrlässig zu bewertenden Pflichtverletzung ist er der Klägerin gemäß § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO zum Ersatz des ihr daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Der Schadenersatzanspruch umfaßt dabei auch die Verpflichtung zum Ersatz der notwendigen Prozeßkosten, die der Klägerin aufgrund der Wahrnehmung ihrer Interessen in einem anderen Prozeß entstanden sind.

Gemäß § 19 Abs. 1 S. 2 BNotO haftet der Notar bei fahrlässiger Amtspflichtverletzung jedoch nur für die Schäden, für die die Klägerin nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag. Die Klägerin kann sich in diesem Verfahren auch nicht mit Erfolg darauf berufen, daß die Subsidiaritätsklausel hier nicht eingreife, denn sie hat das Vorliegen einer **andere weitigen Ersatzmöglichkeit** nicht widerlegt (Arndt, BNotO, 2. Aufl. § 19 Rd. II 2.5.2.). Vielmehr ist die Kammer aufgrund des vorgetragenen Sachverhalts davon überzeugt, daß die Klägerin im Vorprozeß einen Teil der Prozeßkosten aufgrund einer fehlerhaften Prozeßführung zu tragen hatte. Ihre Prozeßbevollmächtigten hatten dort von dem ursprünglichen Antrag, der auf eine teilweise Rückauflassung gerichtet war, Abstand genommen und die Rückauflassung des gesamten Grundstücks verlangt. Dieser weitergehende Antrag war durch das Oberlandesgericht in der Berufungsinstanz auf Kosten der Klägerin abgewiesen worden. **Mithin besteht ein Ersatzanspruch wegen der dadurch verursachten Prozeßkosten gegen die Prozeßbevollmächtigten im dortigen Verfahren, der als anderweitige Ersatzmöglichkeit anzusehen ist.**

Auch wenn die Prozeßbevollmächtigten der Klägerin den Antrag erst aufgrund eines Hinweises des zuständigen Einzelrichters umgestellt haben, läßt dies ein haftungsbegründendes schuldhaftes Verhalten nicht entfallen. **Denn selbst wenn das eingeschaltete Gericht den Anwalt im Prozeß auf den „falschen Weg“ gebracht hat, besteht für den Anwalt die vorrangige Verpflichtung, die Rechtslage und ihre Vereinbarkeit mit dem gerichtlichen Vorschlag zu prüfen** (Borgmann/Haug, Anwaltshaftung, 2. Aufl., § 26 Nr. 5 a).

Unabhängig davon, daß eine entschuldigende Wirkung nur dann angenommen werden kann, wenn es sich um eine Entscheidung eines Kollegialgerichts handelt (Borgmann/Haug a.a.O. § 26 Nr. 5), was hier nicht der Fall war, **wird das Verhalten des Anwalts auch nur dann als entschuldigt angesehen, wenn er sich in einer – nach objektiven Kriterien zu beurteilenden – ausweglosen Situation befunden hat** (Kammergericht VersR 1981, 1057). **Daß dies der Fall gewesen ist, kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden.** Die Klage war daher insoweit als zur Zeit unbegründet abzuweisen. Denn die Rechtskraft des Urteils, durch das die Amtshaftungsklage mit der Begründung abgewiesen wird, anderweitige Ersatzmöglichkeiten seien noch offen, steht einer erneuten Geltendmachung des Anspruchs nicht entgegen, wenn sie die angebliche anderweitige Ersatzmöglichkeit als undurchsetzbar erweist (Arndt a.a.O. § 19 II Ziff. 2.5.2.).

Hinsichtlich der von der Klägerin als Schadenersatz geltend gemachten Notarkosten, die ihr durch die Beurkundung des Rückabwicklungsvertrages – UR.-Nr. 441/91 des Notars G. – in Höhe von 324,10 DM entstanden sind, ist aufgrund der Zahlung des Beklagten von 144,06 DM eine Erledigung in der Hauptsache in Höhe von 141,70 DM eingetreten. Der weitergehende Betrag wurde anteilig auf die bis dahin angefallenen Zinsen geleistet.

Wegen des weitergehenden Anspruchs war der Klage stattzugeben. Zwar ist der Ansicht des Beklagten insoweit zuzustimmen, daß die **Klägerin sich auf ihren Schadenersatzanspruch die Vorteile anrechnen zu lassen habe, die sie bei ordnungsgemäßer Amtsführung des Notars sonst hätte aufwenden müssen.** In diesem Fall wäre nach der Vermessung des Grundstücks hinsichtlich der Teilfläche die gesonderte Beurkundung der Auflassung hinsichtlich der Teilfläche erforderlich gewesen. Dadurch wären nach dem unwidersprochenen Vortrag des Beklagten Notarkosten in Höhe von 182,40 DM entstanden. Aufgrund der Kostenregelung des ursprünglichen Vertrages, wonach der Käufer die Kosten des Vertrages und seiner Durchführung zu tragen hatte, wären auch die Kosten der Auf-

lassung von ihm zu tragen gewesen. Der Klägerin steht somit gegen den Beklagten ein weiterer Schadenersatzanspruch in Höhe von 182,40 DM gemäß § 19 Abs. 1 BNotO zu.

GI Leitsätze

Bewirtungskosten / Aufzeichnungspflichten / Nachholung

Die über Bewirtungen in einer Gaststätte ausgestellten Rechnungen, die ebenfalls den Namen des bewirtenden Unternehmers enthalten müssen, dürfen **nachträglich** um diesen Namen ergänzt werden.

(FG Baden-Württemberg, v. 1. 4. 1992 – 5 K 298/89 – LEXinform 0102458)

Anmerkung: Die Nachholung wurde durch Erklärung des Unternehmers zu Protokoll des Gerichts durchgeführt.

Überörtliche Sozietät / Zugang von Schriftstücken

Bei einer Sozietät die ihre Kanzleiräume in verschiedenen Gebäuden hat, ist ein Schreiben auch dann zugegangen, wenn es in einen Briefkasten gelangt, in dem das als Adressat bezeichnete Sozietätsmitglied üblicherweise seiner beruflichen Tätigkeit nicht nachgeht.

(OLG Stuttgart, Urt. v. 6. 10. 1992 – 12 U 68/92 – WPK-Mitt. 1993, 76)

Verbotene Aufrechnung mit Schadenersatzansprüchen

Eine Publikums-KG hat gegen die indirekt über eine Treuhandkommanditistin beteiligten Anleger/Treugeber-Kommanditisten keine direkten Ansprüche auf Zahlung der Einlage und zwar auch dann, wenn sie im Innenverhältnis wirtschaftlich einem direkt beteiligten Kommanditisten gleichstehen. Auch der Konkursverwalter kann Ansprüche aus § 171 Abs. 2 HGB gegen sie nicht geltend machen.

Eine Aufrechnung der Treugeber-Kommanditisten mit Schadenersatzansprüchen gegen die vertragliche Forderung der Treuhandkommanditistin auf Zahlung der Einlage verstößt gegen das Aufrechnungsverbot aus § 406 BGB, weil und solange dies zu einer Benachteiligung der Gläubiger im Konkurs der Publikums-KG führt.

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 28. 3. 1991 – 6 U 161/90 – RPK U 1.071/91)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 9, 1993)

Ampflichtverletzung d. FA

- ungerechtfertigte Mahnungen, Anwaltskosten 93, 293
- Mitwirkungspflicht 93, 56
- Rechtsprechungshinweise 93, 296
- Schätzung 93, 56

Anerkennung

- d. Honorarforderer 93, 149

Bankhaftung

- Aufklärungspflichten, Kapitalanleger 93, 43
- Bankreferenz 93, 43
- Haftungsbeschränkung, AGB 93, 200
- Plausibilitätsprüfung 93, 200
- Prospekthaftung 93, 43
- Wissensvorsprung 93, 194
- WP-Testtag 93, 200

Bauherrenmodell

- Bauherr/Gebäudeerwerber 93, 62
- Zwischenvermietung = Einschränkung d. Rspr. 93, 62

Beleg

- Bewertungskosten, Nachholung 93, 306
- Rechnungs-/Leistungsempfänger 93, 233

Belehrungspflicht d. RA

- über Literaturauffassungen 93, 139
- beschränktes Mandat 93, 260
- Unterhaltsprozeß 93, 116

Belehrungspflicht d. StB/WP

- Einfamilien- oder Zweifamilienhaus 93, 29
- fehlende Belehrungsbedürftigkeit 93, 234
- = wg. Rundschreiben
- Gebührenhöhe 93, 112

Beratung

- Umfang/Wirtschaftsberatung 93, 142

Beschlagnahmeverbot § 97 StPO

- Geschäftsunterlagen 93, 43

Beweislast

- unterlassene Aufklärung/Belehrung 93, 110
- Ausforschungsbeweis 93, 101
- Honorarzahung 93, 149

Bilanzerstellung

- halbfertige Arbeiten, Anzahlungen 93, 231

Bindungswirkung

- Strafurteil 93, 269

Darlegungslast z. Regreßanspruch

- Schaden, § 287 ZPO 93, 98

Dienstvertrag

- Fehler, Beweislast 93, 200
- freier Mitarbeiter d. StB 93, 200
- Teilleistung 93, 200

Feststellungsklage

- künftiger Anspruch 93, 117
- und FG-Prozeß 93, 182

Firma

- Zusatz „Revision“ 93, 44

Forderungsabtretung

- Verschwiegenheitspflicht 93, 2

Freie Mitarbeiter

- Dienstvertrag 93, 200

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle = Telefax 93, 221
- Fristversäumnis, unverschuldete – = Erkrankung 93, 249
- = Flucht i. d. Säumnis 93, 116
- = Postbeförderung, neue Bundesländer 93, 250
- Mitverschulden d. Mandanten 93, 222
- Telefax = Ausgangskontrolle 93, 221
- Unterschriftskontrolle 93, 194, 249

Gaststättenübernahmevertrag

- 93, 78

Gesamtschuldner

- Baubetreuer, Treuhänder 93, 2

GmbH

- Honorarhaftung d. Geschäftsführers 93, 298
- Steuerhaftung d. Geschäftsführers 93, 188

Haftungsbeschränkung

- Ausschluß d. Sozies 93, 282
- Haftungshöchstsumme 93, 282

Honoraranspruch d. StB

- Auslagenpauschale, § 16 StBGebV 93, 152
- Buchführung = Auslagenpauschale, § 16 StBGebV 93, 152
- = Rahmensatz 93, 151
- Datevgebühren 93, 150, 151
- Gebührenrahmen = Buchführungshonorar 93, 151
- Interessenkollision 93, 207
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV 93, 50
- = nichtige –, Vergütungsanspruch 93, 52, 203, 205
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB 93, 203
- Schreibgebühren, § 17 StBGebV 93, 152
- Schriftform 93, 205

– Teilleistung	93, 200	Prüfungsauftrag	
– Verjährung des –		– nichtiger –, § 319 Abs. 2 Nr. 5 HGB	93, 44
= Einrede in zweiter Instanz	93, 201	– Unterschrift d. Gesellschafters	93, 251
– Zeitgebühren		Rechtsanwalt	
= Darlegungslast	93, 51	– Anfechtungsklage, aktienr.	93, 221
= Vorarbeiten für Steuererklärung	93, 51	– Angestellter, neue Bundesländer	93, 78
Honoraranspruch d. WP		– Beratungspflichten	
– Nichtigkeit d. Prüfungsvertrages	93, 44	= Gaststättenübernahmevertrag	93, 78
Kausalität		– Maklertätigkeit	93, 282
– Bilanzfehler	93, 283	– Verantwortungsbereich bei Fehler d. Gerichts	93, 301
– Fehler d. Gerichts/Fehler d. RA	93, 301	– Vergleich, Mandanteninteresse	93, 158, 222
– inzw. Pflichtwidrigkeit u. Schaden		– Vertreter, § 53 BRAO	93, 158
= Sicherheit d. Ehefrau	93, 283	Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
– f. Steuerhaftung	93, 188	– d. GmbH	93, 78
Kenntnis d. Steuerrechts		– d. WP Art. 1 § 5 Nr. 2	
– Zwischenvermietung, Bauherrenmodell	93, 62	= Kindergeld	93, 44
Kenntnis d. Zivilrechts		vorvertraglicher Regreßanspruch	
– BGH-Meinung	93, 139	– Verjährung d.	93, 91
Konkursverwalter, Haftung d. –		– Versicherungsschutz	93, 214
– Pflichtverletzung d. Sequesters	93, 222	Revision	
Kündigung d. Mandats		– durch WPG/StBerG	93, 2
– fristlos, § 627 BGB	93, 159	Rundschreiben d. StB	
Maklervertrag		– Zugang d. –	93, 234
– Anwaltsberuf	93, 282	Sachverhaltsermittlung	
Mandatsniederlegung		– durch Steuerberater	93, 288
– Unregelmäßigkeiten d. Mandanten	93, 273	Schaden	
Mitverschulden		– Betriebsaufspaltung	93, 223
– Kenntnis d. Mandanten	93, 251	– Darlegungslast, § 287 ZPO	93, 99
– Zeitablauf	93, 260	– Familienunternehmen	93, 223
Mustereinspruch	93, 74	– Gerichtsentscheidung	93, 184
Nachbesserung		– Steuerhaftung d. GmbH-Geschäftsf.	93, 188
– nach Wechsel d. StB	93, 45, 47	– Steuervorteile	
Notar		= Korrektur d. –	93, 236
– Belehrungspflichten		= rechtswidrige –	93, 44, 62
= Darlegungs-Beweislast	93, 3	– Zuschätzung	93, 36
= Miteigentümer, Sicherungshypothek	93, 78	Schadenersatz	
– Erfüllungsgehilfe d. Beteiligten	93, 117	– Minderung d. Anschaffungskosten	93, 116
– Ersatzmöglichkeit, anderweitige	93, 222	Sequester	
= Anwaltsfehler	93, 301	– ordnungsgemäße Verwaltung	93, 78
– Grundbucheinsicht	93, 3	– Regreß im Konkurs	93, 222
– Grundstücksbezeichnung	93, 301	Sozietät	
– Rechtskenntnis	93, 3	– irreführende Angaben, § 3 UWG	
– Vermögensvormund	93, 103	= gemischte –	93, 116
– vertragswidrige Zwischenrechte	93, 137	– überörtliche –	93, 116
Pflicht z. Anfrage b. FA	93, 91	= Zugang von Schriftstücken	93, 306
Praxisabwickler		Sozietätsvertrag	
– Berufungsbefugnis	93, 44	– Regelungslücke, Mandatsübernahme	93, 2
Provisionsgeschäfte		Standesrecht	
– Untreue	93, 106	– Gelegenheit z. Stellungnahme	93, 192

StB-GmbH		
– Haftung d. Geschäftsführers	93, 240	
Steuerberatungsvertrag		
– wg. Haftungsbescheid gg. Geschäftsführer	93, 112	
Steuererklärung		
– Unmöglichkeit d. –	93, 238	
gewerbliche Tätigkeit		
– Anwaltsberuf	93, 282	
Teilleistung		
– Vergütungsanspruch	93, 200	
Telefax		
– Ausgangskontrolle	93, 221, 222	
Treuhänder		
– Aufrechnung mit Schadensersatzansprüchen	93, 306	
– Aufteilung d. Grundbesitzes	93, 26	
– Gesamtschuldner, Baubetreuer	93, 2	
– Mitverschulden d. Treugebers	93, 26	
– Rechnungslegungspflicht	93, 2	
– Verjährung f. RA-Treuhänder	93, 90	
– Versicherungsschutz	93, 214	
Umsatzsteuer		
– Anspruch a. Rechnungserteilung	93, 249	
– Rechnungs-/Leistungsempfänger	93, 233	
Unterschrift		
– i. A.	93, 249	
Untreue		
– verschleierte Provision	93, 106	
Vergleichsverwalter		
– bestätigte Warenbestellung	93, 158	
Verjährung, § 51 BRAO		
– vorvertragliche Ansprüche	93, 91	
– f. RA-Treuhänder	93, 90	
– Verjährungsbeginn		
= Beitritt z. Anlagemodell	93, 91	
= Teilkündigung, Vertriebsvertrag	93, 163	
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO		
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		
= Anlaß für –	93, 36	
= Ersterwerbermodell	93, 142	
– Verjährungsbeginn		
= Bestandskraft	93, 36	
= Erlaß d. Steuerbescheides	93, 79	
= Fristversäumnis	210	
= Schlußbesprechung	93, 195	
= mit Sicherheitsleistung	93, 79	
= Vermögensgefährdung,		
Gewerbesteuerminimierung	93, 35	
= Wirtschaftsberatung	93, 142	
= Zugang d. Steuerbescheides	93, 177	
– Verjährungsbeginn, Sekundäranspruch		
= Primärverjährungsende	93, 210	
– Verjährungshemmung		
= Verhandlung	93, 212	
Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO		
– Kenntnis d. Schadens	93, 270	
= Wissenszurechnung d. RA	93, 271	
– Verjährungsbeginn	93, 21, 117	
Vermögensvormund		
– ungewöhnliche Vertragsgestaltung	93, 103	
Versäumnisurteil		
– Flucht i. d. Säumnis	93, 116	
Verschwiegenheit		
– Forderungsabtretung	93, 2	
– Konkurs d. Mandanten	93, 277	
– Unregelmäßigkeiten d. Mandanten	93, 273	
= Mandatsniederlegung	93, 273	
Versicherungsschutz		
– Treuhandtätigkeit	93, 214	
Verspätungszuschläge		
– teilweise Berufsunfähigkeit d. StB	93, 108	
Werbeverbot		
– Drittwerbung	93, 2	
Wiedereinsetzung		
– Hilfstätigkeit	93, 194	
– Rechtsirrtum		
= Praxisabwickler, Befugnisse	93, 44	
– Unterschriftenkontrolle	93, 194	
Wirtschaftsberatung		
– Umfang d. –	93, 142	
Mustereinspruch	93, 74	
Wirtschaftsprüfer		
– Befangenheit, § 319 HGB	93, 44	
– Rechtsberatung		
= Kindergeld	93, 44	
Zahlungsverkehr d. Mandanten		
– Überwachung d. –	93, 188	
Zugang		
– b. überörtlicher Sozietät	93, 306	
Zuschätzung		
– Schaden?	93, 36	
Zwangsvollstreckung		
– gg. betagten StB	93, 194	
Zwischenvermietung		
– Belehrungspflichten	93, 62	
<hr/>		
BGH v. 12. 6. 1990 – V StR 268/89	93, 103	
BGH v. 30. 10. 1990 – I StR 544/90	93, 106	

BGH v. 29.11.1990 – IX ZR 107/90 = WM 1991, 235 = BB 1991, 302 = NJW 1991, 1113 = DB 1991, 694	93, 137	BGH v. 25.11.1992 – VIII ZB 29/92 = WM 1993, 67 = DB 1993, 266 = MDR 1993, 177	93, 78
BGH v. 31.10.1991 – IX ZR 303/90 = WM 1992, 279	93, 282	BGH v. 2.12.1992 – VIII ZR 50/92 = NJW 1993, 536 = WM 1993, 519 = ZIP 1993, 198	93, 249
BGH v. 19.12.1991 – IX ZR 8/91 = WM 1992, 527 = NJW RR 1992, 393 = MDR 1992, 906 = DNotZ 1992, 457	93, 78	BGH v. 3.12.1992 – IX ZR 61/92 = BB 1993, 244 = DB 1993, 322 = NJW 1993, 1139	93, 79
BGH v. 19.12.1991 – IX ZR 41/91 = WM 1992, 739	93, 222	BGH v. 10.12.1992 – IX ZR 54/92 = BB 1993, 386 = WM 1993, 703 = VersR 1993, 466	93, 187
BGH v. BGH v. 24.3.1992 – X ZB 2/92 = NJW 92, 2158 = VersR 92, 1420	93, 44	BGH v. 13.1.1993 – VIII ZR 112/92 = BB 1993, 607 = NJW RR 1993, 505 = WM 1993, 795	93, 159
BGH v. 1.4.1992 – XII ZB 21/92 = VersR 1992, 1421	93, 194	BGH v. 14.1.1993 – XI ZR 76/92 = BGH v. 18.1.1993 – X R 83/91 = BFH/NV 1993, 427	93, 222 93, 249
BGH v. 30.4.1992 – III ZR 151/91 = WM 1992, 1148 = BGHZ 118, 142 = NJW 92, 2021	93, 44	BGH v. 21.1.1993 – III ZR 15/92 = BGH v. 9.2.1993 – XI ZB 2/93 = BB 1993, 752 = MDR 1993, 469	93, 283 93, 158
BGH v. 2.7.1992 – IX ZR 174/91 = VersR 1992, 1482 = WM 1992, 1742 = MDR 1992, 1188 = NJW 1992, 3034 = JR 1993, 280 m. Anm. Giesen	93, 21	BGH v. 11.3.1993 – IX ZR 202/91 = BGH v. 22.4.1993 – VII ZB 2/93 = BGH v. 29.4.1993 – IX ZR 101/92 = BGH v. 27.5.1993 – III ZB 9/93 vgl. FG Hamburg EFG 1990, 119 = GI 1990, 94 LS	93, 222 93, 250 93, 260 93, 249
BGH v. 9.7.1992 – IX ZR 209/91 = DB 1992, 1925 = WM 1992, 1662 = NJW 1992, 3237	93, 3		
BGH v. 8.10.1992 – IX ZR 98/91 = WM 1993, 420 = NJW RR 1993, 243 = MDR 1993, 280	93, 78		
BGH v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92 = WM 1993, 251 = NJW 1993, 648	93, 117	OLG Bamberg v. 25.11.1991 – 4 U 188/91 OLG Bremen v. 30.7.1991 – 3 U 45/91 = DSfR 1992, 78	93, 26 93, 2
BGH v. 5.11.1992 – IX ZR 12/92 = WM 1993, 382 = NJW 1993, 734	93, 98	OLG Celle v. 19.12.1990 – 3 U 111/89 = DSfR 1992, 159	93, 44
BGH v. 5.11.1992 – IX ZR 200/91	93, 163	OLG Celle v. 25.3.1991 – 6 U 41/91 n. rkr. = RPKU 1.213/92	93, 78
BGH v. 9.11.1992 – II ZR 141/91 = WM 1992, 2132 = NJW 1993, 199 = BB 1992, 2454 = MDR 1993, 84	93, 90	OLG Celle v. 18.2.1992 – 20 U 67/91 = NJW-RR 1992, 865	93, 222
BGH v. 17.11.1992 – X ZB 20/92	93, 222	OLG Düsseldorf v. 6.2.1991 – 6 U 90/90 = NJW-RR 1992, 1311	93, 158
		OLG Düsseldorf v. 28.3.1991 – 6 U 161/90 = RPK U 1.071/91	93, 306
		OLG Düsseldorf v. 6.6.1991 – 13 U 11/91	93, 238

OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1991 – 5 U 256/90, rkr. 93, 2
 = RPKU 1.226/92
 OLG Düsseldorf v. 11. 7. 1991 – 13 U 49/91 93, 298
 OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 22/91 93, 205
 OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 18 U 170/91 93, 29
 OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 13 U 118/91 93, 47
 OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1991 – 13 U 135/91 93, 50
 OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 13/91 93, 112
 OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 89/91 93, 207
 OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 129/91 93, 233
 OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 134/91 93, 151
 OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 149/91 93, 201
 OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 – 13 U 162/91 93, 236
 OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 146/91 93, 181
 OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 201/91 93, 149
 OLG Düsseldorf v. 14. 5. 1992 – 13 U 218/91 93, 52
 OLG Düsseldorf v. 16. 5. 1992 – 13 U 159/91 93, 177
 OLG Düsseldorf v. 21. 5. 1992 – 13 U 175/91 93, 203
 OLG Düsseldorf v. 4. 6. 1992 – 13 U 177/91 93, 210
 OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 24/91 93, 110
 OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 232/91 93, 240
 OLG Düsseldorf v. 30. 7. 1992 – 13 U 258/91 93, 45
 OLG Düsseldorf v. 11. 9. 1992 – 14 U 31/92 93, 139
 OLG Düsseldorf v. 12. 11. 1992 – 18 U 160/92, rkr. 93, 56
 OLG Düsseldorf v. 14. 12. 1992 – 1 Ws 1155/92 93, 277
 OLG Frankfurt v. 18. 3. 1992 93, 2
 = RPKU 1.184/92
 OLG Hamburg v. 14. 5. 1993 – 14 U 118/92, rkr. 93, 288
 OLG Hamm v. 21. 3. 1991 – 28 U 208/90 93, 185
 OLG Hamm v. 18. 2. 1992 – 28 U 209/91 93, 158
 OLG Hamm v. 13. 5. 1992 – 25 U 193/91 93, 35
 OLG Hamm v. 27. 5. 1992 – 25 U 135/86, rkr. 93, 142
 OLG Karlsruhe v. 26. 2. 1992 – 6 U 156/91 93, 116
 = StB 1993, 9
 OLG Koblenz v. 10. 2. 1992 – 5 W 73/92 93, 194
 = VersR 1993, 379
 OLG Koblenz v. 7. 5. 1992 – 5 U 1014/91, rkr. 93, 62
 OLG Koblenz v. 25. 6. 1992 – 5 U 97/92 93, 195
 = NJW-RR 1993, 413
 OLG Koblenz v. 27. 10. 1992 – 3 U 1868/91 93, 200
 = NJW-RR 1993, 250

OLG Köln v. 26. 2. 1991 – 22 U 198/90 93, 194
 = RPKU 1.121/91
 OLG Köln v. 6. 6. 1991 – 5 U 171/90, rkr. 93, 214
 OLG Köln v. 23. 10. 1991 – 26 U 16/91 93, 36
 OLG Köln v. 27. 11. 1991 – 27 U 19/91 93, 116
 = OLG-Report 1992, 82
 OLG München v. 30. 1. 1992 – 1 U 4568/91 93, 231
 OLG München v. 20. 3. 1992 – 21 U 6235/91 93, 78
 = NJW-RR 1992, 1309
 OLG Oldenburg v. 25. 9. 1992 – 6 U 69/92 93, 223
 OLG Oldenburg v. 6. 4. 1993 – 5 U 86/92 93, 251
 OLG Stuttgart v. 6. 10. 1992 – 12 U 68/92 93, 306
 = WPK-Mitt. 1993, 76

LG Essen v. 9. 4. 1992 – 43 O 26/92 93, 44
 = WP-Mitt. 1992, 143
 LG Frankfurt v. 25. 3. 1992 – 2/21 O 233/91 93, 268
 LG Hamburg v. 10. 4. 1992 – 303 O 340/91 93, 293
 LG Hannover v. 10. 1. 1992 – 303 O 232/91, rkr. 93, 200
 = RPKU 1.216/92
 LG Konstanz v. 20. 12. 1992 – 1 HO 36/91 93, 2
 = NJW 1992, 1241
 = WP-Mitt. 1992, 140
 LG Oldenburg v. 3. 11. 1992 – 7 O 830/92, rkr. 93, 301
 LG Wiesbaden v. 3. 2. 1989 – 9 O 496/87 – 93, 249
 n. rkr.

BFH v. 28. 8. 1991 – I R 37/91 93, 2
 = DSz 1992, 254
 BFH v. 26. 3. 1992 – IV R 74/90 93, 116
 = BStBl 1993 II 96
 = BB 1992, 2471
 = DSz 1993, 89

Beschl. v. 16. 12. 1991 – 46-110 (91) 93, 2
 = WPK-Mitt. 1992, 132

SG Freiburg v. 16. 1. 1992 – S 9 Kg 1157/91, 93, 44
 n. rkr.
 = WPK-Mitteilungsblatt 1992, 192

FG Baden-Württemberg v. 1. 4. 1992 93, 306
 – 5 K 298/89
 = LEXinform 0102458
 FG Saarland v. 28. 7. 1991 – 1 K 185/91 93, 108